65. Jahrgang. № 125. Dienstag, 15. März 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,90 M., vierteljährlich 19,20 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26 **Feuer** Fernsprecher 19381 und 20461
Verzinkerei – Verzinnerei – Verbleierei

Kaffee Kasino
Die beliebten Künstler-Konzerte
Im Trianon: Zierhut-Rudy, Wiener Stimmungssänger zur Zither

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Plätten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen.

Die Wirkung auf England.

London, 14. März. Garvin schreibt im „Observer" über die wirtschaftlichen „Sanktionen": Nichts, was dieses Gesetz in die Kasse unserer Regierung einbringen kann, kann uns für den Schaden, den unser Handel dadurch erleiden wird, entschädigen. Die Schwierigkeiten auf dem Wege zu einem Uebereinkommen sind durch diesen Fehler ungeheuer gewachsen. Die Regierung der deutschen Republik sucht den Ausfuhrhandel zu fördern. Der Handel zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zeigt schon ein bemerkenswertes Anwachsen. Für Deutschland und die zentralen Länder werde es vom größten Interesse sein, Handel und Schiffahrt von England abzulenken. Ebenso werde es in Amerikas Interesse liegen, diese Bestrebungen zu unterstützen. Wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß unsere wirtschaftliche Vorherrschaft jetzt nicht weniger, sondern mehr gefährdet ist als vor dem Kriege. Wenn wir die Neutralen mit unseren Untersuchungen über den wahren Ursprung der von ihnen angebotenen Waren reizen und beleidigen, wird das für unseren Handel leicht katastrophal werden können. Die früheren Sympathien für die Alliierten sind genügend abgekühlt: England werde auf dem augenblicklichen Wege vitaler und dauernder Schaden mehr als Deutschland zugefügt.

Garvin sagt weiter, die Entente dürfe nicht die wirtschaftliche Waffe zur Vernichtung Englands werden. So könne es nicht weitergehen. Mit Frankreich gemeinsam müsse ein anderer Weg gefunden werden. Die Sanktionen bedeuteten die Organisierung des bevorstehenden Chaos in Deutschland und die Einschränkung oder Verzögerung seiner Zahlungsfähigkeit. Die Pariser Reparationen seien eine Fata Morgana, die weder Frankreich noch England jemals auf dieser Erde erreichen würden. Sie machten eine günstige Lösung unmöglich. Die ganze Methode fördere nur die militärische Aktion gegen Deutschland und den Bolschewismus auf der anderen Seite. Sie führe zur Katastrophe von Europa und England. Als einzigen Ausweg bezeichnet Garvin die Teilung des gesamten Reparationsplanes in zwei Teile, der für fünf, sieben oder zehn Jahre endgültig verpflichte. Nach Ablauf des betreffenden Zeitraumes könne der übrige Teil der Reparationen von einem maßgebenden Tribunal, in dem auch Neutrale oder das amerikanische Element vertreten sei, grundsätzlich neu geprüft werden.

Ein englischer Antrag auf Besetzung Berlins.

London, 14. März. Der Abgeordnete Horatio Bottomley, Herausgeber der meistgelesenen Zeitschrift „John Bull", beantragte im Unterhaus, das Gesetz über die Ausfuhrabgabe zu verwerfen. Er beantragte ferner, statt dessen Berlin militärisch zu besetzen, um den Deutschen auf eine wirksame Art, nicht nur auf eine englandschädigende Art vor Augen zu führen, daß sie besiegt sind.

Neue Verhandlungen nach Ostern?

Berlin, 14. März. Ein gut unterrichteter Entente-Diplomat sagte einem Wiener Vertreter des „Acht-Uhr-Abendblattes", es sei feststehend, daß einige Wochen nach Ostern die Verhandlungen zwischen den Alliierten und der deutschen Delegation in Paris wieder aufgenommen werden. Man hoffe, daß diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen werden.

Die neue Zollgrenze.

Genf, 14. März. Die neuen Zollmaßnahmen im Rheinlande sollen nach dem Bericht der Pariser Presse morgen in Kraft treten. Nach dem Beschluß des Obersten Rates wird die Zollgrenze mit der gegenwärtigen Besetzungsgrenze zusammenfallen. Es werden 150 alliierte Zollstationen errichtet werden, deren Aufgabe es jedoch lediglich sein wird, den Schmuggel zu verhindern und den Warenverkehr den deutschen Zollposten zuzuleiten. Die gegenwärtig bestehenden 20 deutschen Zollstationen in den hauptsächlichsten rheinischen Städten sollen um weitere 20 vermehrt werden.

Deutsche Gegenmaßnahmen gegen die Ausfuhrabgabe.

Elberfeld, 14. März. Die Barmen-Elberfelder Textilindustrie hat infolge der neuen Zwangsmaßnahmen der Entente fast sämtliche Bestellungen von Rohmaterialien aus den Ententeländern annulliert und gleichzeitig die Ausführung des größten Teiles der Aufträge für Firmen in den Entenationsstaaten eingestellt. Die in Ausführung begriffenen Aufträge werden nicht eher erledigt, bis von der Kundschaft in den Ententeländern die Versicherung gegeben wird, daß die Zahlung restlos, d. h. ohne Abgabenabzug, verfolgt, und zwar wird deutscherseits verlangt, daß die Bezahlung durch Schecks für neutrale Banken erfolgt. Für neue Aufträge fordern die deutschen Fabrikanten eine Anzahlung von 20 Prozent bei Auftragserteilung und Begleichung des Restes bei Fertigstellung. Einzelne große Ententefirmen haben sich bereits telegraphisch mit dem geforderten Modus einverstanden erklärt.

Keine Einberufung der Sachverständigen.

Berlin, 14. März. Wie das „B. T." hört, ist, entgegen anders lautenden Meldungen, an amtlicher Stelle über eine erneute Berufung der Sachverständigen zur Besprechung der Reparationsfrage nichts bekannt. Das Blatt wiederholt, daß einstweilen von solchen Beratungen keine Rede sein könne. Auch von seiten des Reichswirtschaftsministeriums sei eine Einberufung der Sachverständigen nicht erfolgt.

Die natürlichen Folgen der Rede des Außenministers.

Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Am Sonnabend vormittag hat der Außenminister Dr. Simons im Reichstag seinen Rechenschaftsbericht über London erstattet und darin betont, daß trotz des zweifellosen und auch von der Reichsregierung anerkannten Friedensbruches Deutschland den Friedensvertrag weiter erfüllen müsse. „Wir wollen nicht Böses mit Bösem vergelten." So hat denn also gleich nach der Beendigung der Simonsschen Rede der Reichsminister des Innern Dr. Koch im Reichsrat das Entwaffnungsgesetz eingebracht, und der Reichsrat hat, gegen die Stimmen Bayerns, das Gesetz angenommen. Es mußte ja schnell gehandelt werden. Am Sonnabend war der 12. März und bis zum 15. März muß das Gesetz verabschiedet sein. So hat man es uns in Paris befohlen. Mittlerweile hat sich allerdings nichts mehr und nichts weniger ereignet, als daß die Feinde über unsere Grenzen gebrochen sind. Das ist eine kriegerische Handlung, die nach der bisher allgemein herrschenden Anschauung alle früher geschlossenen Verträge gegenstandslos machen mußte, erst recht natürlich bloße Forderungen, die von den Feinden erhoben worden sind. Die Verabschiedung des Entwaffnungsgesetzes ist eine solche Forderung. Sie ist in Paris von den Feinden gestellt worden, zusammen mit all den anderen. In London hätte über den ganzen Komplex dieser Fragen beraten werden sollen. Deutschland hatte auf Grund des Friedensvertrages ein Recht, Verhandlungen zu fordern. Leider ist es dem deutschen Außenminister nicht gelungen, dieses Recht wahrzunehmen. Die Londoner „Verhandlungen" bestanden aus allerhand deutschen Gegenvorschlägen, die von den Gegnern ohne Diskussion abgelehnt und gleich von vornherein mit einem Ultimatum beantwortet worden sind. Von Berlin aus hat man den Versuch gemacht, mit Hilfe des Vertagungsantrags schließlich doch noch zu sachlichen Beratungen zu kommen. Dr. Simons aber hat diese Weisung in der Tasche behalten, weil sie ihm eine Verkennung der mittlerweile schon eingetretenen Lage zu bedeuten schien. Lloyd George hatte ja sozusagen schon das Schwert gezogen.

Man muß sich diesen Gang der Dinge vor Augen halten, um den rechten Standpunkt für die Beurteilung des sogenannten Entwaffnungsgesetzes des Reichsrats zu gewinnen. Die Feinde stellen gewisse Forderungen. Für den Fall der Ablehnung durch Deutschland drohen sie mit brutaler Gewalt; sie greifen zur Gewalt, trotzdem die deutsche Regierung ihnen sehr weit, weiter, als sie es vor dem Volke sachlich rechtfertigen kann, entgegengekommen war. Von den zwei Möglichkeiten, Annahme der Pariser Beschlüsse durch Deutschland oder kriegerische Handlungen in Gestalt der Besetzung deutschen Gebietes und des Raubes deutschen Eigentums, ist die zweite praktisch geworden. Damit ist für jeden logisch Denkenden die erste vorderhand ausgeschaltet. Die Reichsregierung denkt aber nicht logisch. Sie bringt das Gesetz gegen den Selbstschutz ein, trotz der feindlichen Gewaltakte, läßt sich also den Krieg gefallen und führt zu gleicher Zeit eine (zu Unrecht) aus dem Friedensvertrage hergeleitete Forderung aus. Damit wird, wie das im Reichstag ja auch schon gesagt worden ist, den Feinden ein Freibrief für alle möglichen künftigen Mäntereien in Deutschland ausgestellt, damit werden deutsche Volksgenossen erbarmungslos den Feinden zur Unterdrückung und Erpressung ausgeliefert. Das mehrfache Mißgefühl, das unseren Volksgenossen am Rhein von der Reichsregierung in Aufrufen und Reden bekundet wurde, ändert daran gar nichts. Taten entscheiden, und die Tatsache der Einbringung des Gesetzes gegen den Selbstschutz in diesem Augenblick, die Tatsache der Unterwerfung unter den Friedensvertrag und seine gekünstelten Klauseln in einem Augenblick, da der Friedensvertrag von den Feinden selbst zerrissen worden ist, bedeutet eine Preisgabe deutschen Landes und deutschen Volkes; sie kommt einer Aufforderung an die Feinde gleich, nur immer weiter Gewalt anzuwenden, da sich ja der deutsche Außenminister, trotz allem an diesen „Friedens"vertrag gebunden fühlt. Der Standpunkt des Herrn Dr. Simons und die praktische Konsequenz, die der Minister des Innern daraus gezogen hat, bietet eine ausgezeichnete Chance für Herrn Briand: „Sanktionen" plus Friedensvertrag, Fortsetzung des Eroberungskrieges und gleichzeitig Erpressungen an dem noch verbleibenden Deutschland — das ist mehr, als sich der französische Ministerpräsident hätte träumen lassen.

Das sind keine Phantasien. Das ist keine Behauptung, die aufgestellt wird, um Herrn Dr. Simons eins ans Bein zu geben, weil er mehr der Sozialdemokratie oder gar, wie ein volksparteiliches Blatt sagte, mehr den Unabhängigen nach dem Munde geredet hat, als etwa den Parteien der Rechten. Nein, es handelt sich bei alledem um Dinge, die mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes eintreten müssen, ja, zum Teil — Geschwindigkeit ist keine Hexerei — schon eingetreten sind. Als der Redakteur des Pariser „Matin" die Rede des deutschen Außenministers gelesen hatte, rieb er sich vermutlich die Hände und sagte „magnifique!" — Darauf setzte er sich hin und schrieb einen Kommentar, der in dem Satze gipfelte: „Die einfache Rück-

Frankreich und die Reichstagsdebatte.

Paris, 14. März. „Journal des Debats" schreibt: Der deutsche Reichstag habe die Erklärungen von Dr. Simons so aufgenommen, daß der Beweis geliefert worden sei, daß die vorher gegangenen Kundgebungen nur Bluff (!) gewesen seien, und daß die Alliierten recht getan hätten, die Zwangsmaßnahmen anzuwenden. Obwohl der Reichstag die Ablehnung der Vorschläge der Alliierten gebilligt habe, so habe er sich doch wohl gehütet, sich zu kompromittierenden Kundgebungen hinreißen zu lassen. Die Zurückweisung der Angebote habe Dr. Simons mit der Tatsache begründet, daß die deutsche Produktion jährlich für Reparationszwecke keine höhere Summe als 1½ Milliarde Goldmark liefern könne. Diese Schätzung bleibe wesentlich hinter den Pariser Forderungen zurück. Sie nehme auch keine Rücksicht auf die deutsche Ersparnis im allgemeinen. In Frankreich werde durch diese Ersparnis jetzt der Wiederaufbau durchgeführt. Die deutsche Ersparnis sei mehr als die französische. Hier müsse man also die Mittel für den Wiederaufbau erlangen. — Das Blatt erinnert an die Gewinne, welche die deutsche Landwirtschaft erzielt habe. Wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht schlechten Sinnes seien, müßten sie eine oder mehrere neue Steuern aufbringen, die zur Zahlung der Reparationen verwandt würden. Weigere man sich das zu tun, so müsse man zu gerechten (!) Requisitionen schreiten. Der Vertrag von Versailles, den gewisse französische Blätter als einen Fetzen Papier behandelten, gebe nach § 2 Absatz B Anhang 4 das Recht dazu. „Journal des Debats" fragt, welchen Gebrauch man von diesem Recht bis jetzt gemacht habe. Frankreich erwarte weniger von Reden als von Requisitionen.

(Anmerkung des W. T. B.: Wie aus § 2 Absatz B Anhang 4 das Recht direkter Requisitionen folgen soll, ist unverständlich. Der § 2 Absatz B gibt lediglich an, welche Sachlieferungen für den Wiederaufbau von alliierter Seite besonders gefordert werden können. Derartige Sachlieferungen sind teilweise bereits im Wege gegenseitiger Vereinbarung bewirkt worden, teilweise sind Verhandlungen darüber im Gange.

Belagerungszustand in Hamborn.

Duisburg, 14. März. Ueber Hamborn ist seitens der Alliierten-Konferenz der Belagerungszustand verhängt worden. Truppen werden jedoch nicht in die Stadt gelegt. Trotzdem wurde die Stadt also besetzt erklärt.

Französische Ueberwachung des rheinischen Provinziallandtages.

Düsseldorf, 13. März. Heute mittag trat hier der 60. Rheinische Provinziallandtag zusammen. Auf Befehl des französischen Oberkommandanten der Besatzung nahm ein französischer Offizier an den Beratungen teil. Der Oberpräsident Frhr. v. Grote schloß seine Eröffnungsansprache mit den Worten: Ueber das, was in dieser Stunde die Herzen der Rheinländer am tiefsten bewegt und am schwersten betrifft, kann ich nicht frei zu Ihnen sprechen. Ich beschränke mich darauf, Ihnen noch einmal zuzurufen, was vor einigen Tagen von höchster Stelle des Reiches an alle deutschen Mitbürger gerichtet worden ist: Ehern zusammenschließen sollen uns diese Leiden zu einigem Fühlen, zu einigem Wollen. (Lebhaftes Bravo!) (W. T. B.)

Falsche Gerüchte über Düsseldorf.

Düsseldorf, 14. März. Mehrfach verbreitete Nachrichten über schwere Zusammenstöße von Angehörigen der Sipo mit Entente-Angehörigen in Düsseldorf sind erfunden. Es ist auch nicht wahr, daß ein französischer Offizier von einem Sipo-Offizier erschossen wurde. Zutreffend ist allerdings, daß ein Sipo-Offizier mit 3000 Mk. Geldstrafe belegt wurde, weil seine Leute einen Besatzungsoffizier nicht grüßten. (W. T. B.)

Feindliche Hoffnungen.

London, 14. März. Im „Daily Herald" schreibt Norman Angell, der Mißerfolg der bisher angewandten „Sanktionen" werde die notwendige Entschuldigung für weitere ähnliche Maßnahmen liefern und der französische Imperialismus werde triumphieren. Dann werde der französische Traum von der Rheingrenze und dem aus kleinen Staaten zusammengesetzten Deutschland Wirklichkeit werden. (W. T. B.)

Völkerbund und Abrüstung.

Genf, 14. März. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat an die Regierungen, welche Mitglieder des Völkerbundes sind, eine Note gerichtet, worin er bis zum 1. Mai um Mitteilung darüber bittet, in welcher Weise sie dem von der Völkerbundsversammlung am 14. Februar ausgesprochenen Wunsche Rechnung zu tragen gedenken. Es handelt sich um die Beschränkung der Ausgaben für Heeres-, Flotten- und Luftfahrzwecke während der beiden Jahre, die auf das jetzige Haushaltjahr folgen.